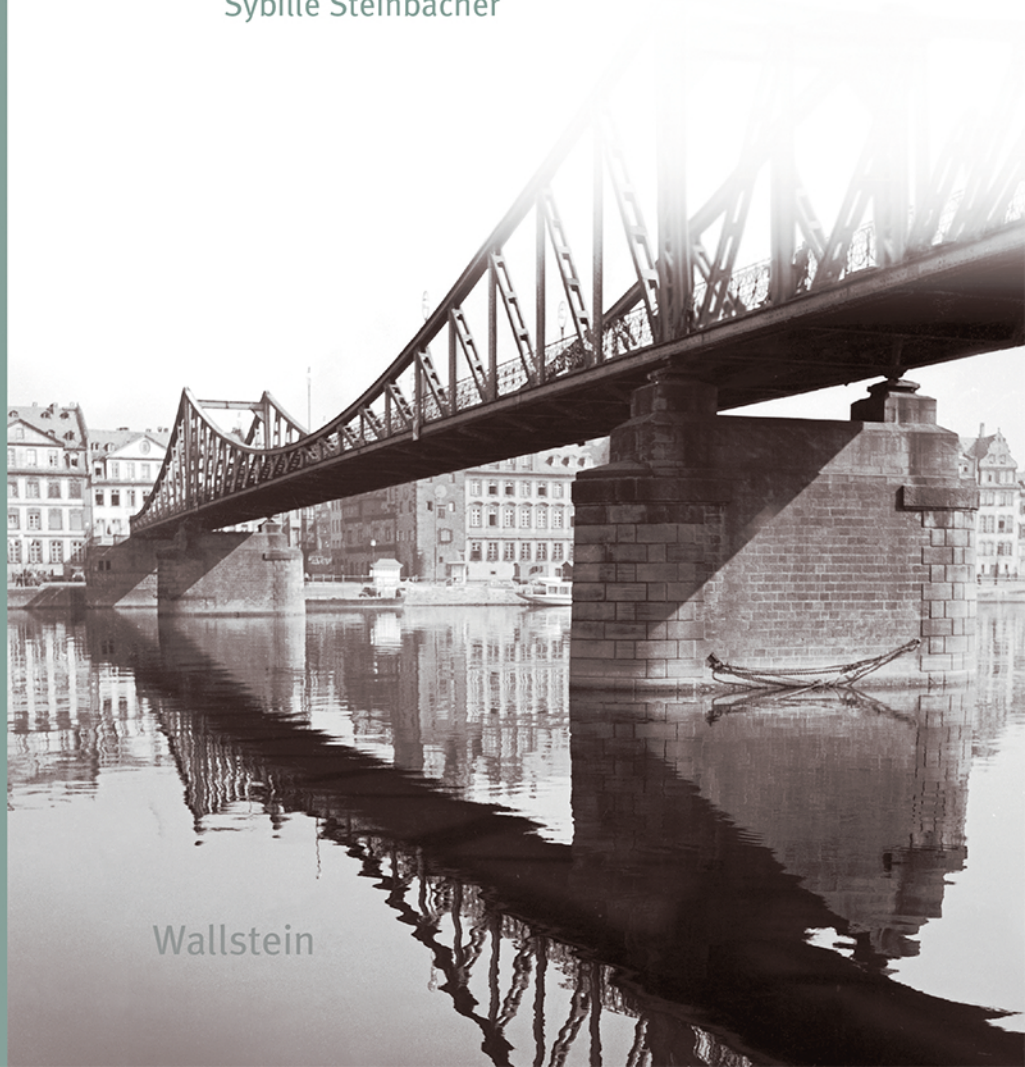


Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus

Herrschaft und Repression
Wirtschaft und Gesellschaft
Kultur und Gedächtnis

Herausgegeben von
Christoph Cornelißen und
Sybille Steinbacher



Wallstein

Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND WIRKUNG DES HOLOCAUST

Herausgegeben von Sybille Steinbacher
im Auftrag des Fritz Bauer Instituts

Band 10

zugleich

VERÖFFENTLICHUNG DER FRANKFURTER
HISTORISCHEN KOMMISSION XXVII

Geschichte der Stadt Frankfurt, Band 5

Herausgegeben im Auftrag
der Frankfurter Historischen Kommission
von Christoph Cornelißen
und Sybille Steinbacher

Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus

Herrschaft und Repression
Wirtschaft und Gesellschaft
Kultur und Gedächtnis

Herausgegeben
von Christoph Cornelißen
und Sybille Steinbacher

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung von:
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Dezernat Kultur und Wissenschaft
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main
Arbeitsgemeinschaft der Historischen Kommissionen in Hessen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2024
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Myriad Pro

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagabbildung: Die Brücke Eiserner Steg über den Main in Frankfurt, Deutschland 1930er Jahre. © United Archives/K. H. Lämmel/Süddeutsche Zeitung Photo

Lektorat im Fritz Bauer Institut: Dr. Andrea Kirchner

ISBN (Print) 978-3-8353-5587-3

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8589-4

Inhalt

Vorwort	7
-------------------	---

Christoph Cornelißen, Sybille Steinbacher

Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus

Eine Einführung	9
---------------------------	---

Herrschaft und Repression

Bettina Tüffers

Die Frankfurter NSDAP vor dem Krieg

Von der extremistischen Splittergruppe zur Stadtregierung	31
---	----

Tobias Freimüller

»Gemeinschaftsfremd«

Sozialhygiene, Rassismus und Verfolgung	71
---	----

Heike Drummer

»Stadt ohne Juden«

Shoah und Verleugnung der Geschichte	107
--	-----

Markus Roth

Widerstand

Aktivitäten einer Minderheit	163
--	-----

Wirtschaft und Gesellschaft

Ralf Banken

Aufrüstung, »Arisierung« und Zerstörung

Die städtische Wirtschaft	199
-------------------------------------	-----

Nicole Kramer

Fürsorgerische Ordnung

Soziale Ungleichheit und kommunale Wohlfahrtspolitik	249
--	-----

Michael Fleiter

Die Stadt im Bombenkrieg

Reaktionen von NS-Regime und »Volksgemeinschaft« 293

Kultur und Gedächtnis

Fabian Link

Im Einsatz für die Weltanschauung

Kultur, Bildung und Wissenschaft 335

C. Julius Reinsberg

Das Ende der Moderne?

Städtebau, Architektur und urbane Identität

im nationalsozialistischen Frankfurt 385

Christoph Cornelißen

»Eine Stadt auf der Suche nach Erinnerung«

Zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen

Vergangenheit seit 1945 427

Anhang

Abbildungsverzeichnis 473

Abkürzungsverzeichnis 477

Autorinnen und Autoren 479

Personenregister 480

Ortsregister 486

Sachregister 489

Vorwort

Der vorliegende Band *Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus* richtet den Blick auf eine Phase der Geschichte der Stadt, deren Erbe bis in die Gegenwart nachwirkt. Konzipiert wurde er, weil schon des Längeren keine moderne Gesamtdarstellung zur Geschichte Frankfurts zwischen 1933 und 1945 erschienen ist, zudem, weil sich die Forschungslage zur Entwicklung der Großstädte im »Dritten Reich« in den vergangenen Jahren insgesamt erheblich gewandelt hat. Im Gegensatz zu überkommenen Vorstellungen einer nationalsozialistischen »Gleichschaltung« sämtlicher Träger der kommunalen Selbstverwaltung zeichnet die heutige Geschichtsforschung ein sehr viel kritischeres Bild. Zu den wesentlichen Erkenntnissen gehört die Einsicht, dass die Nationalsozialisten sich in den Kommunen die etablierten Verwaltungsstrukturen, das bereitwillige Entgegenkommen konservativer Verwaltungseliten und das Zusammenspiel von »oben« und »unten« zunutze machen konnten, um so ihre Herrschaftsordnung bis 1945 aufrechtzuerhalten. Überdies vermochte die historische Forschung zu verdeutlichen, dass nach den anhaltenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen in der Weimarer Republik erhebliche Teile der Bevölkerung sowohl in den Städten als auch auf dem Land dazu bereit waren, für das Versprechen einer Rückkehr zu nationaler Größe und innerer Einheit auf eine demokratische Grundordnung zu verzichten. Vor allem in den Großstädten beteiligten sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Ausgrenzung und Ausbeutung von all denjenigen, für die kein Platz in der »Volksgemeinschaft« vorgesehen war.

Der Band untersucht zum einen die Durchsetzung der NS-Herrschaft auf verschiedenen Feldern der kommunalen Politik und Verwaltung sowie den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zwischen 1933 und 1945. Außerdem nimmt er die Stadtplanung, kulturelle Entwicklungen und die nationalsozialistische Imagepolitik in den Blick. Zum anderen zeichnet er die Dynamisierung der Gewalt gegen diejenigen Gruppen nach, die nach 1933 als »Gemeinschaftsfremde« unterdrückt und bekämpft wurden. Auch in Frankfurt richtete sich die rassistisch motivierte Ausgrenzung und Verfolgung zuvorderst gegen Jüdinnen und Juden; die große jüdische Gemeinde wurde im Holocaust fast vollständig Opfer der NS-Massenmorde. Ein ähnliches Schicksal erfuhren zahlreiche Sinti und Roma, Homosexuelle und Personen, die oft eine Existenz nur am Rande der Gesellschaft fristen konnten. Wie lange die Propaganda des NS-Regimes verfiel, zeigt sich an der unverbrüchlichen Treue breiter Bevölkerungskreise noch dann, als große Teile Frankfurts im Bombenkrieg in Schutt und Asche verwandelt wurden.

Zugrunde liegt dem Band eine Kooperation zwischen dem Fritz Bauer Institut und der Frankfurter Historischen Kommission. Die Historische Kommission verfolgt seit Mitte der 1990er Jahre den Plan einer mehrbändigen Reihe zur »Geschichte der Stadt Frankfurt am Main«, die den gesamten Zeitraum vom Mittelalter bis zur Gegenwart abdecken soll. Das Fritz Bauer Institut veröffentlicht in seiner Reihe »Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« auch Bände, die sich mit Aspekten der Frankfurter Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus befassen.

Frankfurt am Main, November 2023

Evelyn Brockhoff
Christoph Cornelißen
Marie-Luise Recker
Sybille Steinbacher

Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus

Eine Einführung

Als die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Führung in der Reichspolitik übernahmen, richtete sich ihr Machtanspruch unmittelbar danach ebenfalls auf die Rathäuser in den Städten und Gemeinden des Deutschen Reichs. So wie im Zentrum der Regierungsgewalt ging es ihnen nunmehr darum, ihrer Forderung nach einer unumschränkten Herrschaftsausübung auch auf der untersten staatlichen Ebene Geltung zu verschaffen.¹ In Frankfurt ebnete Hermann Göring, damals kommissarischer Innenminister von Preußen, dafür den Weg. Mit einer Verfügung vom 4. Februar 1933 ordnete er die Auflösung der demokratisch gewählten Vertretungskörperschaften in den Gemeinden beziehungsweise Gemeindeverbänden an und erzwang somit kommunale Neuwahlen. Obwohl die Nationalsozialisten bei den Wahlkämpfen im Februar und März ihre gesamte organisatorische und propagandistische Überlegenheit in die Waagschale warfen, die braunen Schlägertruppen zudem politische Gegner einschüchterten oder diese gewalttätig angingen, verfehlten die Nationalsozialisten in Frankfurt sowohl bei den Kommunalwahlen vom 12. März 1933 (hier erzielten sie 47,9 Prozent der Stimmen) als auch bei den Reichstagswahlen eine Woche zuvor (hier stimmten 44,1 Prozent für die NSDAP) die absolute Mehrheit. Zufriedenstellend aber wirkte aus Sicht der Frankfurter Nationalsozialisten, dass ihr Ergebnis bei den Reichstagswahlen immerhin vier Prozent über dem Gesamtergebnis lag. Außerdem reichte ihnen das Bündnis mit den Deutschnationalen, die bei den lokalen Wahlen knapp vier Prozent der Wähler auf sich vereint hatten, um die Machtübernahme in der Stadt auf allen Ebenen voranzutreiben.² Zu den wichtigsten personellen Konsequenzen schon am Tag nach der Kommunalwahl gehörte die Bestellung von Landgerichtsrat Friedrich Krebs zum kommissarischen Ersten Bürgermeister und die des NSDAP-Reichstagsabgeordneten Karl Linder zum Zweiten

- 1 Vgl. Ulrich Thamer: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, Berlin 1986, S. 280-309.
- 2 Vgl. Dieter Rebentisch: *Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918-1945*, in: *Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen*, hrsg. von der Frankfurter Historischen Kommission, Sigmaringen 1991, S. 423-519, hier: S. 479-485; Marie-Luise Recker: *Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich« 1918-1945*, in: Dies. (Hrsg.): *Tradition und Wandel. Frankfurt am Main*, Göttingen 2023, S. 157-215, hier: S. 184-188.

Bürgermeister. Obwohl das Führerprinzip auf kommunaler Ebene erst mit der am 15. Dezember 1933 verabschiedeten preußischen Gemeindeverfassung fest verankert wurde, trieben die neuen Machthaber den Aufbau des »Braunen Magistrats« direkt nach der Amtsübernahme von Krebs zügig voran.³ Danach richteten sich Terror und politische Säuberungen vornehmlich gegen jüdische Angestellte in der Stadtverwaltung sowie gegen Jüdinnen und Juden allgemein, außerdem gegen bekannte politische Gegner, die in herausgehobenen Positionen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Stadt tätig waren. Seit Ende Februar 1933 gerieten dann die Mitglieder und Anhänger der Arbeiterbewegung immer stärker in das Visier der »Säuberungen«, als ganze Straßenzüge systematisch nach politischen Gegnern durchkämmt wurden. Schon zu diesem Zeitpunkt schien die unumschränkte Herrschaftsgewalt der Nationalsozialisten Wirklichkeit geworden zu sein.⁴

Unter dem Eindruck der ungebremsen Gewalt dieser Monate verbreitete sich in Frankfurt so wie in vielen anderen Städten bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Vorstellung, die nationalsozialistische Politik der »Gleichschaltung« habe den Kommunen keine eigenständigen Handlungsspielräume mehr belassen. Auch als in den nachfolgenden Jahren die Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden und anderen »Gemeinschaftsfremden« in den Städten und Gemeinden des Deutschen Reichs immer mehr zunahm, während sich gleichzeitig erhebliche Teile der proklamierten »Volksgemeinschaft« mit den gegebenen Verhältnissen arrangierten, ordneten zeitgenössische Beobachter diese Entwicklungen als eine Konsequenz der nationalsozialistischen Politik der »Gleichschaltung« ein.⁵ Dass nach dem Zweiten Weltkrieg viele derjenigen, die in den vorangegangenen Jahren eine führende Position in der kommunalen Politik oder Verwaltung ausgeübt hatten, sich desselben Arguments bedienten, verfestigte in großen Teilen der deutschen Gesellschaft die Vorstellung von einer totalitären Führerdiktatur.⁶ Demzufolge hatte die »Gleichschaltung« von Ländern und Kommunen sowohl die Amtsträger als auch andere Akteure der Stadtgesellschaft allein zu ausführenden Organen eines zentralistischen Einheitsstaats herabgestuft. Gleichzeitig machten viele Städte, Gemeinden und Regionen nach dem Zweiten Weltkrieg für sich eine Sonderrolle geltend, denn ihre politische Kultur – so etwa die »hanseatische Liberalität« oder der wider-

3 Vgl. Bettina Tüffers: *Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945*, Frankfurt am Main 2004.

4 Rebentisch: *Frankfurt* (wie Anm. 2), S. 485-491.

5 Vgl. »Gleichschaltung« in: *Der Große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20. Bänden, Ergänzungsband A-Z*, Leipzig 1935, S. 363.

6 Vgl. Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung. Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 4 (1956), S. 30-42.

ständige Geist der Rheinlande, aber auch die Milieubindungen im Katholizismus und der Arbeiterbewegung – sei als prinzipieller Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu verstehen. Ähnliches lässt sich in Frankfurt beobachten, wo führende Kommunalpolitiker nach 1945 mit großer Beharrlichkeit immer wieder an die fest verwurzelten demokratisch-liberalen Traditionen der Stadt erinnerten, während in ihren Reden die Konturen der NS-Herrschaft nur noch schemenhaft zu erkennen waren. Infolge dieser Einschätzungen galten die konkreten Entwicklungen vor Ort über einen langen Zeitraum nur als eine Widerspiegelung übergeordneter Entscheidungen.⁷

Neuere Studien zur Geschichte der Städte im »Dritten Reich« konnten dieses Bild inzwischen gründlich korrigieren.⁸ Sie demonstrieren, *erstens*, eindrücklich das Ausmaß, in dem viele Angehörige der kommunalen Politik und der Stadtverwaltungen sich ab Januar 1933 bereitwillig in den NS-Herrschaftsapparat einpassten und darüber das Regime von Beginn an stabilisierten. Sie zeigen außerdem, dass die Nationalsozialisten bis in die letzten Kriegstage hinein von den gut funktionierenden Verwaltungsstrukturen, der bereitwilligen Mitarbeit konservativer Verwaltungseliten und einem Zusammenspiel von »oben« und »unten« zu profitieren wussten, während die Ämter und Sonderbehörden der Stadt sowie Parteidienststellen zu Schlüsselinstitutionen »bei der Verteilung von Partizipationsmöglichkeiten und Lebenschancen« aufstiegen.⁹ *Zweitens* weisen sie darauf hin, dass erhebliche Teile der deutschen Gesellschaft in den Städten, aber auch auf dem Land, die radikale und gewalttätige Machtübernahme der Nationalsozialisten bereitwillig hinnahmen. Offenkundig bargen die Losungen der Nationalsozialisten nach Jahren anhaltender politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen für viele Menschen das Versprechen einer Rückkehr zu nationaler Größe und innerer Einheit. Von daher wird erklärlich, warum nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zahlrei-

7 Vgl. Horst Matzerath: Köln in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933-1945, Köln 2009, S. 5.

8 Vgl. Sabine Mecking, Andreas Wirsching: Stadtverwaltung als »Systemstabilisierung«? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Politik im Nationalsozialismus, in: Dies. (Hrsg.): Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005, S. 1-19, hier: S. 2 ff. Als Beispiel für eine neuere Fallstudie vgl. Jan Neubauer: Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im »Dritten Reich«, Göttingen 2020.

9 Vgl. Winfried Süß, Malte Thießen: Nationalsozialistische Städte als Handlungsräume: Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Städte im Nationalsozialismus, Göttingen 2017, S. 9-20, hier: S. 11. S. auch Michael Wildt, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933-1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus, München 2013; Winfried Nerdinger u. a. (Hrsg.): München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums, München 2015.

che gesellschaftliche Vereinigungen und Einrichtungen letztlich eine kollektive Selbstgleichschaltung vollzogen.¹⁰ In den nachfolgenden Jahren zeigte sich immer deutlicher, dass beträchtliche Kreise der Stadtgesellschaft sich durchaus aktiv an der Ausgrenzung und Ausbeutung von »Gemeinschaftsfremden« beteiligten. Die Motive hierbei waren vielschichtig; sie reichten von Profitgier über berufliches Vorankommen und Ausschaltung missliebiger Konkurrenz bis hin zu einem grundlegenden Einverständnis mit dem Antisemitismus und Rassismus der NS-Ideologie.¹¹ *Drittens* ist inzwischen deutlich zu erkennen, dass dem NS-Regime insbesondere die Großstädte als Problemzonen galten, die über eine intervenierende Gesellschaftspolitik im Geist der NS-Ideologie umgestaltet werden sollten. Mit Blick darauf spricht der Historiker Hans-Walter Schmuhl von einer »biopolitischen Entwicklungsdiktatur«.¹² Auf der Ebene der kommunalen Behörden und Ämter führten die damit verbundenen Zielsetzungen zu einer erheblichen Erweiterung von Gestaltungsspielräumen, wobei in dieser Hinsicht vor allem die Rolle der kommunalen Gesundheitsverwaltung ins Auge sticht. Einerseits fiel ihr ab 1933 die Aufgabe zu, Maßnahmen zur Förderung »erwünschter Volksgenossen« und »Volksgenossinnen« zu ergreifen, andererseits hatte sie für die Ausgrenzung und Sanktionierung derjenigen zu sorgen, die den Ordnungskriterien der NS-Ideologie nicht entsprachen. Die Wirkungsmacht der Pläne und Maßnahmen beruhte indes nicht zuletzt auch darauf, dass sie auf weit verbreiteten Vorurteilen in der Bevölkerung basierten und somit deren Zustimmung naheliegend war.¹³ *Viertens* geben die neueren Untersuchungen zu erkennen, dass der urbane Raum zwischen 1933 und 1945 in vielen Städten und Gemeinden nach nationalsozialistischen

- 10 Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 316 f.
- 11 Detlev Peukert: *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982.
- 12 Vgl. Hans-Walter Schmuhl: *Das »Dritte Reich« als biopolitische Entwicklungsdiktatur. Zur inneren Logik der nationalsozialistischen Genozidpolitik*, in: Margret Kampmeyer, Cilly Kugelmann, Marie Naumann (Hrsg.): *Tödliche Medizin. Rassenwahn im Nationalsozialismus*, Göttingen 2009, S. 8-21. Vgl. den Beitrag von Tobias Freimüller in diesem Band. S. auch Wolf Gruner: *Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkungsmächtige Vernetzung*, in: Sven Reichardt, Wolfgang Seibel (Hrsg.): *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2011, S. 176-211.
- 13 Vgl. Annemone Christians: *Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München*, Göttingen 2013. Grundlegend war Wolf Gruner: *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942)*, München 2002. Zu den Gesundheitsbehörden in Frankfurt am Main vgl. Jens Kolata: *Krankheit, Wissen, Disziplinierung. Öffentliche Gesundheitsfürsorge in Frankfurt am Main zwischen Sozialhygiene und Eugenik 1920-1960*, Göttingen 2024.

Ordnungsvorstellungen umgestaltet worden ist. Das bezieht sich einerseits auf die Fortentwicklung der Infrastrukturen und ihre Koppelung an soziale Praktiken, wobei auf diesem Feld den städtischen Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter den Herrschaftsbedingungen des »Dritten Reichs« immense Bedeutung zuwuchs. Die Gewährung beziehungsweise Verweigerung entsprechender Leistungen entschied letztlich über die Teilhabe am oder den Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben.¹⁴ Darüber hinaus trugen sowohl die neuen Projekte zur Raum- und Verkehrsplanung als auch die Wohnungspolitik entscheidend zur propagandistischen Aufwertung des NS-Regimes bei. Andererseits geht es um die symbolpolitische Ebene, wurden doch vielerorts die Städte über architektonische und bauliche Eingriffe anderer Art zu einer Bühne für die machtvolle Selbstdarstellung des NS-Regimes umgebaut.¹⁵ Hier, auf den städtischen Straßen und Plätzen, wurden letztlich die Ideen einer »Volksgemeinschaft« inszeniert und praktiziert; hier verstanden es die Nationalsozialisten mit einer Mischung aus Terror, Propaganda und Verführung, in den Reihen der Stadtgesellschaft erfolgreich für ein öffentliches Einverständnis im Sinne einer »Zustimmungsdiktatur« zu werben.¹⁶ Gleichzeitig stellten sich darüber spezifische »Stadtimages« ein, die dann ihrerseits auf die Propagandisten zurückwirkten. Dazu gehörte in Berlin und anderen Großstädten die Behauptung, erst die Nationalsozialisten hätten sie von ihrem Ruf als Hort ungesunder Lebensweisen und einem drohenden »völkischen Tod« erlöst. In engem Zusammenhang damit avancierten vor allem die Altstadtsanierungen – darunter auch die in Frankfurt – zu einem öffentlichkeitswirksamen Thema, weil sich der allerorts

14 Vgl. Mathias Irlinger: Die Versorgung der »Hauptstadt der Bewegung«. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2018; David Templin: Wasser für die Volksgemeinschaft. Wasserwerke und Stadtentwässerung in Hamburg im »Dritten Reich«, München, Hamburg 2016; Christoph Strupp: Nahverkehr und Nationalsozialismus. Die Hamburger Hochbahn AG im »Dritten Reich«, München 2010.

15 Vgl. Winfried Nerdinger: Architektur in Deutschland. Geschichte, Gesellschaft, Funktionen, München 2023, S. 350-361; Die Unabhängige Historikerkommission »Planen und Bauen im Nationalsozialismus« (Hrsg.): Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, 4 Bde., München 2023.

16 Vgl. Frank Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.): Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen 2005, S. 69-121. Vgl. Thomas Schaar-schmidt: »In die Höhle des Löwen«. Das ambivalente Verhältnis der NS-Führung zur Millionenmetropole Berlin, in: Süß, Thießen: Städte (wie Anm. 9), S. 21-45, hier: S. 44 f.; Georg Seiderer: Nürnberg – die »Stadt der Reichsparteitage«. Selbstinszenierung einer Großstadt im »Dritten Reich« (1933-1939), in: Fritz Mayrhofer, Ferdinand Oppl (Hrsg.): Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008, S. 311-340.

angekündigte »Großangriff auf die Elendsviertel der Städte« propagandistisch hervorragend als Maßnahme einer »Stadtgesundung« deuten ließ.¹⁷

Für Frankfurt am Main liegen Untersuchungen entlang der angeführten Sichtachsen bislang nicht vor. Dabei stellt die Stadt unter den deutschen Großstädten einen bemerkenswerten Sonderfall dar. So hing ihr seit dem 19. Jahrhundert der Ruf einer Kommune mit tief verwurzelten liberalen Traditionen an, der unter der Ägide des langjährigen Frankfurter Oberbürgermeisters Ludwig Landmann (1924-1933) national und auch international weithin ausstrahlte. Frankfurt galt damals als Musterbeispiel einer demokratischen und modernen wohlfahrtsstaatlichen Kommunalpolitik.¹⁸ Zu den weiteren Besonderheiten Frankfurts gehörte ein starker jüdischer Bevölkerungsanteil. Mitte der 1920er Jahre lebten hier annähernd 30.000 Menschen jüdischer Herkunft, was einer Quote von 6,3 Prozent der Bevölkerung entsprach. Frankfurt wies damit den höchsten Anteil von Jüdinnen und Juden unter den Großstädten des Deutschen Reichs auf.¹⁹ Im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt nahmen zudem zahlreiche jüdische Familien eine führende Rolle ein.

Umso drängender stellen sich daher Fragen danach, warum und wie es den Nationalsozialisten gelingen konnte, sich auch in Frankfurt relativ früh und flächendeckend durchzusetzen. Wer waren ihre Führungsfiguren in Frankfurt und wie erklären sich die frühen Wahlerfolge der NSDAP, die bis zu den Kommunalwahlen im November 1929 zurückreichen? Welche Rolle spielten die Angestellten der Stadtverwaltung und die der vielen städtischen Sonderbehörden oder sonstiger kommunaler Einrichtungen bei der praktischen Umsetzung der ideologischen Vorgaben des NS-Regimes? Welche Varianten der Gleichschaltung oder Selbstgleichschaltung waren in den Reihen der Stadtgesellschaft zu beobachten? Wie entwickelten sich Wirtschaft und städtischer Alltag im Zeichen der vom NS-Regime verordneten Autarkiepolitik? Und wie verhält es sich mit der Stimmungslage in der Öffentlichkeit, als im Zweiten Weltkrieg immer mehr Gebäude und Straßen der Stadt im Bombenhagel der alliierten Angriffe in Schutt und Asche versanken? Das sind nur einige der Fragen, die im vorliegenden Band entlang ausgewählter Forschungsbereiche eingehend untersucht werden.

17 Vgl. Vanessa Erstmann: Hannover. Die historische Genese eines Stadtimages. Zum Einfluss von Stereotypisierungen auf die städtische Imageprofilierung und urbane Identität (Diss.), Hannover 2023, S. 246.

18 Dieter Rebentisch: Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975.

19 Rachel Heuberger, Helga Krohn: Hinaus aus dem Ghetto ... Juden in Frankfurt am Main, 1800-1950, Frankfurt am Main 1988, S. 145.

Die Großstädte im »Dritten Reich« –
Stufen der stadthistorischen Forschung

Die nationalsozialistischen Visionen für die städtebauliche Zukunft ordneten fünf Großstädten die Funktion einer »Führerstadt« zu. Mit ihren neuen Bauwerken und einer modernen Infrastruktur sollten sie von der Größe des »Dritten Reichs« künden, zugleich bei den Betrachtern »das Bewusstsein von der Leistung der Gemeinschaft und der rassischen Überlegenheit stärken«. ²⁰ Neben der Hauptstadt Berlin, für die Albert Speer die Entwürfe zu einem künftigen »Germania« vorlegte, richteten sich die Planungen auf München als »Stadt der Bewegung«, Nürnberg als »Stadt der Reichsparteitage«, Linz als die »Heimatstadt Hitlers« und Hamburg als das »Tor zur Welt«. Auf diesen Städten ruhten namentlich die Blicke Adolf Hitlers, der als »Baumeister des Reichs« persönlich ein großes Interesse daran zeigte, über repräsentative Staats- und Parteibauten sowie die grundlegende Umgestaltung der städtischen Topografie den Herrschaftsanspruch des Regimes kraftvoll zu untermauern. ²¹ Das von Antisemiten schon im Deutschen Kaiserreich als »Neu-Jerusalem am fränkischen Jordan« ²² diffamierte Frankfurt vermochte dagegen im Hinblick auf Architektur und Städtebau seit 1933 zu keinem Zeitpunkt eine Identität als dezidiert nationalsozialistische Stadt zu entwickeln. Zwar versuchten lokale Parteigrößen den Ruf der Stadt zeitgemäß als eine »Stadt des Handwerks« umzudeuten, tatsächlich wurde die überregionale Wahrnehmung Frankfurts dadurch kaum erhöht. ²³

In diesem Scheitern dürfte eine Teilerklärung dafür angelegt sein, warum nach dem Zweiten Weltkrieg die demokratisch gewählten Stadtoberen Übergangsfrei an die älteren demokratisch-liberalen Traditionen anknüpften, um auf diesem Weg die Schattenseiten der jüngeren Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen. Über einen längeren Zeitraum hinweg blieb das Interesse an einer wissenschaftlichen Ergründung der Stadtgeschichte zwischen 1933 und 1945 nur schwach ausgebildet. Jedenfalls weist die Bibliografie zur Geschichte Frankfurts bis in die 1970er Jahre nur wenige Titel auf, die sich eingehend mit

20 Vgl. Jost Dülffer, Jochen Thies, Josef Henke (Hrsg.): *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Köln 1978; Axel Schildt: Einleitung, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* (Hrsg.): *Hamburg* (wie Anm. 16), S. 9–23, hier: S. 9; Nerding: *Architektur* (wie Anm. 15), S. 351, 364–370.

21 Dülffer u. a. (Hrsg.): *Hitlers Städte* (wie Anm. 20), S. 14, 19–25.

22 S. dazu Jürgen Steen: *Das einzige »judenfreie« Hotel in Frankfurt am Main* (2003), in: <https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/antisemitismus/beitrag/das-einzig-judenfreie-hotel-in-frankfurt-am-main> (27.11.2023).

23 S. dazu den Beitrag von C. Julius Reinsberg in diesem Band.

dieser Zeitspanne beschäftigen.²⁴ Gewiss, zu den Themen Machtübernahme, Judenverfolgung, Krieg oder Widerstand wurde schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg geforscht und publiziert, doch die Darstellungen ordnen alle diese Vorgänge eher als Widerspiegelung allgemeiner Entwicklungen ein, wohingegen die lokalen Kontexte und damit auch die Verantwortung der Beteiligten kaum zur Sprache kommen. Noch 1999 charakterisierte der ehemalige Leiter des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte, Dieter Rebentisch, die Forschungslage zum Nationalsozialismus als »eigentümlich rückständig und defizitär«.²⁵

Ein weiterer Grund für dieses Manko lag darin, dass für viele Historikerinnen und Historiker in den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Ende des NS-Regimes die wissenschaftliche Erforschung der Verhältnisse vor Ort kaum möglich war. Erst danach gingen die meisten derjenigen in den Ruhestand oder sahen ihm entgegen, die im »Dritten Reich« unterhalb der Leitungsebenen in Behörden und Unternehmen oder Schulen und Universitäten tätig gewesen waren und dann nach 1945 ihre berufliche Laufbahn fortgesetzt hatten. Zuvor herrschte dagegen eine regelrechte Blockade vor, wobei auch die meist schwierige beziehungsweise unzulängliche Quellenlage in den Stadtarchiven nicht übersehen werden darf. Tatsächlich waren zahlreiche Akten im Bombenkrieg zerstört worden.²⁶ In diesem Zusammenhang ist ein kurzer, 1983 vom Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt herausgegebener Überblick zu »Frankfurt 1933/1945« aufschlussreich. Darin heißt es: »Die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte ist nicht immer leicht. Erst der zeitliche Abstand lässt den Blick leidenschaftslos werden.« Das Heft mit Texten von Bernd Häußler informiert insgesamt nüchtern über den Weg in den NS-Staat in Frankfurt sowie entscheidende Stationen der Jahre danach, und auch der Terror gegenüber der jüdischen Bevölkerung kommt zur Sprache. Gleichzeitig ist ihm eine erhebliche Unsicherheit anzumerken, denn wegen des geringen zeitlichen Abstands, so Häußler, sei »die direkte Betroffenheit vieler noch lebender Menschen« merklich. Der Versuch, über den Nationalsozialismus zu informieren, könne daher nur »unter solchen Voraussetzungen gesehen werden«.²⁷

Die Umstände der personellen Konstellationen und praktische Quellenprobleme, darüber hinaus die verwaltende politische Kultur sowohl in den Städten als auch auf den übergeordneten politischen Ebenen sorgten dafür, dass

24 <https://www.frankfurt1933-1945.de/bibliografie> (27.11.2023).

25 Dieter Rebentisch: Editorial, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 65 (1999), S. 7 f.

26 Axel Schildt: Einleitung (wie Anm. 20), S. II; Horst Matzerath: Köln in der Zeit des Nationalsozialismus, 1933-1945, Köln 2009, S. 10.

27 Presse und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): Frankfurt 1933-1945, Frankfurt am Main 1983, S. 2.

die Verhältnisse und Verantwortlichkeiten für die NS-Gewaltspolitik vor Ort tatsächlich nicht näher ausgeleuchtet wurden. Zwar legte der Kölner Historiker Horst Matzerath schon 1970 eine Grundlagenstudie zum Verhältnis von Nationalsozialismus und kommunaler Selbstverwaltung vor. Seine wichtigste These jedoch, wonach die Kommunalverwaltungen zwischen den Direktiven eines Reichszentralismus auf der einen Seite und den Ansprüchen lokaler Organe der NSDAP auf der anderen Seite fortwährend aufgegeben worden seien, sodass ihre Handlungsspielräume immer enger ausfielen, rückte erneut eher die Instanzen der Partei als die städtischen Behörden in den Blick. Im Grunde hätten die permanenten Eingriffe der NSDAP in die kommunale Verwaltung und ihre Mitspracherechte in der Personalpolitik die Orientierung an normenstaatlichen Regelungen und damit auch eine verwaltungstechnische Effizienz verhindert, konstatierte Matzerath.²⁸

Schon in demselben Jahrzehnt gelangten indes neue Ansätze in die stadt-historische Forschung, die das vorherrschende Bild erheblich modifizierten. Ein wichtiger Impuls ging dazu vom Institut für Zeitgeschichte in München aus, das in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit einem Großprojekt zur Geschichte Bayerns im Nationalsozialismus hervortrat und dadurch die Beschäftigung mit der regionalen und lokalen Alltagsgeschichte zu einem neuen Paradigma der historischen Forschung aufwertete.²⁹ Die Dynamik des neuen Ansatzes erklärt sich nicht zuletzt mit dem Schulterchluss der Wissenschaft mit der aufkommenden Bewegung der alternativen Geschichtswerkstätten, die ab Ende der 1970er Jahre in vielen Städten ihre Arbeit aufnahmen, um nunmehr mit einem zuweilen »unbändigen Hunger nach Wirklichkeit« (Detlev Peukert) der lokalen Alltagsgeschichte während der NS-Jahre auf den Grund zu gehen. Frankfurt bot für Untersuchungen dieser Art einen besonders guten Nährboden, weil sich hier im Zeichen einer lebhaften Protestkultur zahlreiche Geschichtswerkstätten formierten, die früh dem Widerstand von unten beziehungsweise einem weit verstandenen »Antifaschismus« ihr Augenmerk schenken. Hierbei wirkte die bereits 1967 erfolgte Gründung des »Studienkreises Deutscher Widerstand« um den Marburger Politologen Wolfgang Abendroth, der sich die Erforschung des antifaschistischen Arbeiterwiderstands auf die Banner geschrieben hatte, wie eine Initialzündung.

Der Blick in verschiedene Regionen Deutschlands belehrt indes rasch über Breite und Vielfalt der neuen Wege zur Erforschung der NS-Stadtgeschichte. Zwar verfielen einige Darstellungen dieser Jahre im Eifer der Aufdeckung in den Modus einer *histoire scandaleuse*, eben weil die Lokalpolitik sich lange

28 Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1970.

29 Martin Broszat u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München 1977-1983.

nicht zu ihrer Verantwortung für das historische Geschehen bekannt hatte. Doch letztlich ist kaum zu übersehen, dass jetzt erstmals an vielen Orten die Ereignisse überhaupt rekonstruiert und dabei auch Namen der Täter und Opfer der NS-Gewaltspolitik klar benannt wurden. Die entsprechenden Untersuchungen reichen von Flensburg über Wolfsburg und Bielefeld bis weit in den Süden Deutschlands, wobei oftmals historische Ausstellungen zur NS-Lokalgeschichte den ersten Anstoß zu einer eingehenderen Auseinandersetzung mit dem Thema vermittelt hatten. In Frankfurt griff die Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Anregungen auf und beauftragte 1980 den Berliner Historiker Wolfgang Wippermann damit, eine Dokumentation zur lokalen NS-Vergangenheit zu erstellen.³⁰

Zu den geschichtskulturellen Konstellationen dieser Jahre zählt außerdem, dass nunmehr die kommunalen Archive ihr Engagement auf dem Gebiet der NS-Forschung deutlich erhöhten. Es war daher alles andere als Zufall, dass das Frankfurter Institut für Stadtgeschichte zu einer wichtigen Schaltstelle für die Erforschung der lokalen NS-Geschichte aufstieg. So legten Dieter Rebentisch, seinerzeit Direktor des Instituts, sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlreiche Abhandlungen zur Politik- und dann auch zur Gesellschaftsgeschichte Frankfurts im »Dritten Reich« vor. Rebentisch beschäftigte sich in diesem Zusammenhang eingehend mit dem Verhältnis von Nationalsozialismus und öffentlicher Verwaltung und provozierte damit eine Kontroverse über die Rolle des NS-Oberbürgermeisters.³¹ Im Kern drehte sie sich um die Frage, ob die Politik von Friedrich Krebs tatsächlich auf den Versuch reduziert werden könne, Frankfurt vor dem Einfluss des Gauleiters Sprenger zu schützen, so wie dies Rebentisch postuliert hatte, oder ob dahinter nicht ein viel problematischeres Bedingungsgefüge zum Vorschein trete, das die Stadtverwaltung im Prozess der wechselseitigen Dynamisierung von lokaler und zentraler Politik zu einer aktiven Diskriminierungs- und Verfolgungsinstanz umformte.³² Als dann Ende der 1990er Jahre ein Themenheft des *Archivs für Frankfurts Geschichte und Kunst* zu »Frankfurt am Main in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft« erschien, zeigten schon die Titel der Aufsätze an, was in der Zwischenzeit an neuen Untersuchungen in Gang gekommen war: NS-Gau-Presse, NS-Sondergericht, Swingjugend, Schulpflicht und Schulver-

30 Wolfgang Wippermann: Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, 4 Bde., Frankfurt am Main 1986.

31 Dieter Rebentisch: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg: Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989; ders.: Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945, in: Hessisches Jahrbuch, 33 (1983), S. 293-331.

32 Vgl. Heike Drummer: Friedrich Krebs (1894-1961). Zur politischen Biographie des nationalsozialistischen Frankfurter Oberbürgermeisters, Frankfurt 1990.

bot für Sinti und Roma, Kompetenzkonflikte innerhalb der lokalen NS-Polykratie sowie der ausländische Arbeitskräfte- und Arbeitseinsatz. Ihnen folgten Publikationen von Wolf Gruner und Monica Kingreen zur »antijüdischen Politik der Städte« sowie den »Raubzügen« der Stadtverwaltung in Frankfurt.³³

Die Vielzahl und auch die Vielschichtigkeit der neuen Veröffentlichungen waren letztlich das Ergebnis einer Entwicklung, die erneut weit über Frankfurt hinausweist, gelangte doch in der Stadtgeschichtsforschung zum »Dritten Reich« eine insgesamt stärkere Problemorientierung zum Durchbruch. Seit den 2000er Jahren konnte sie zum einen auf einer neu aufgekommenen Debatte über die »systemstabilisierenden Dimensionen kommunaler Herrschaft« aufbauen, die nachdrücklich ins Bewusstsein rückte, wie sehr die Stadtverwaltungen sich im Nationalsozialismus nicht nur eigenständige Handlungsräume bewahrt, sondern sich immer wieder neue Tätigkeitsfelder erschlossen hatten, auf denen sie sodann selbstständig aktiv wurden. Dies wird inzwischen für verschiedene Frankfurter städtische Behörden vertiefend untersucht.³⁴ Zum anderen gründete die neue Welle stadthistorischer Untersuchungen auf dem fundamentalen Wandel der städtischen Erinnerungskulturen, der seit den 2000er Jahren einen weiteren Schub erfahren hat, wovon neben den Großstädten häufiger auch die Mittel- und Kleinstädte erfasst worden sind. Überall sorgten nun die stärkere Orientierung auf die vielen Opfergruppen der NS-Gewaltspolitik sowie ein wachsender politischer und gesellschaftlicher Druck interessierter Kreise dafür, dass neue Gedenkorte und Lernstätten eingerichtet werden.

Um dafür eine bessere Grundlage zu erhalten, gaben zahlreiche Städte und Gemeinden neue Gesamtdarstellungen zur kommunalen NS-Geschichte in Auftrag. Zu einem der auffälligsten Phänomene gehört in diesem Zusammenhang, dass die seither gegründeten Gedenk- und Lernorte, NS-Dokumentationszentren, darüber hinaus die Museen und andere kommunale Einrichtungen nun ebenfalls die Erforschung und Sichtbarmachung der lokalen NS-Geschichte als eine ihrer Kernaufgaben begriffen und dazu einschlägige Publikationen vorlegten.³⁵ Gleichzeitig stieg das Interesse einer stärker akade-

33 Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 65 (1999); Wolf Gruner (Hrsg.): Bürokratien. Initiative und Effizienz, Berlin 2001; Monica Kingreen: Die Deportation der Juden aus Hessen 1940 bis 1945. Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente. Aus dem Nachlass hrsg. und bearb. von Volker Eichler, Wiesbaden 2023.

34 Vgl. Mecking, Wirsching (Hrsg.): Stadtverwaltung (wie Anm. 8). Vgl. Bernhard Gotto: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945, München 2006.

35 Winfried Nerdinger (Hrsg.): München und der Nationalsozialismus, München 2015; Benedikt Burkard, Jenny Jung, Jutta Zwilling: Frankfurt und der NS – ein Überblick, in: Eine Stadt macht mit. Frankfurt und der NS, hrsg. von Benedikt Burkard u. a., Petersberg 2022.

misch ausgerichteten Stadtgeschichtsforschung deutlich an. Zu den bekanntesten Projekten zählt in diesem Zusammenhang ein seit 2009 in München groß aufgelegtes Forschungsvorhaben, das einerseits den kommunalen Handlungsräumen im Spannungsfeld von übergeordneten staatlichen Instanzen und Machtansprüchen der vor Ort befindlichen NSDAP-Institutionen auf den Grund geht. Andererseits untersucht es das Wechselverhältnis der Stadtverwaltung mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren. Darüber hinaus richtet sich der Blick auch auf die Erwartungen der Einwohnerschaft. Bislang sind sechs Bände aus dem Forschungsvorhaben hervorgegangen, die sich unter anderem dadurch auszeichnen, dass sie mit der städtischen Haushaltspolitik, der Verwaltung von Armut und »Erbgesundheit« bis hin zu der Konstruktion von »Images« Forschungsfelder bearbeiten, die zuvor kaum oder gar nicht behandelt worden waren.³⁶

Seit Ende der 1980er Jahre intensivierte sich ebenfalls in Frankfurt die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit deutlich. Zum einen war dies das Verdienst eines Netzwerks aus Geschichtswerkstätten und Gedenkstätten, das sich nach schwierigen Anfängen mit Unterstützung der städtischen Politik konsolidieren konnte und den Aufbau von Gedenk- und Lernorten maßgeblich vorantrieb. Zum anderen vermochten hier neben dem Institut für Stadtgeschichte und dem Historischen Museum auch das Jüdische Museum (eröffnet 1988) und das Fritz Bauer Institut (gegründet 1995) ihr institutionelles Gewicht in die Waagschale zu werfen. Die Konjunktur historischer Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen zur NS-Geschichte sowie Publikationen zu unterschiedlichen Fragen an die Geschichte des »Dritten Reichs« wurde davon ersichtlich beflügelt. Vor allem das Jüdische Museum und das Fritz Bauer Institut trugen maßgeblich dazu bei, dass die Stufen der Entrechtung und Ausgrenzung der Frankfurter Jüdinnen und Juden, die Einengung ihres Lebensraums und nicht zuletzt die ihnen auferlegten ökonomischen Restriktionen mittlerweile detailliert dokumentiert und analysiert werden.³⁷ Das thematische Spektrum der »Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust«, seit 2020 herausgegeben vom Fritz Bauer Institut, zeigt das besondere Interesse an der Einbettung der lokalen NS-Geschichte in überregionale und internationale Bezüge. An dieser Linie orientiert sich ebenfalls der hier vorgelegte Band.

36 Vgl. Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.): München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der »Hauptstadt der Bewegung«, Göttingen 2017.

37 S. dazu Irmtrud Wojak, Peter Hayes (Hrsg.): »Arisierung im Nationalsozialismus«. Volksgemeinschaft, Raub, Gedächtnis, Frankfurt am Main 2000; Monica Kingreen: Raubzüge einer Stadtverwaltung, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 17 (2001), S. 17-50. Vgl. den Beitrag von Heike Drummer in diesem Band.

Zu den Beiträgen

Obwohl zahlreiche Themenfelder der Stadtgeschichte Frankfurts in den Jahren von 1933 bis 1945 inzwischen als gut erforscht gelten dürfen, konnten verschiedene Bereiche bislang nur ansatzweise beleuchtet werden. Um dieses Desiderat zu beheben, untersucht der vorliegende Band zum einen die Durchsetzung der NS-Herrschaft auf ausgewählten Feldern der kommunalen Politik und Verwaltung sowie den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Außerdem nimmt er die Stadtplanung, kulturelle Entwicklungen und die nationalsozialistische Imagepolitik in den Blick. Zum anderen zeichnet der Band die Dynamisierung der Gewalt gegen diejenigen Gruppen nach, die ab 1933 als »Gemeinschaftsfremde« unterdrückt und bekämpft worden sind. Darüber hinaus geht er auf die Umstände der Kriegsführung sowie die Reaktionen der Bevölkerung auf die alliierten Bombardierungen ein, die Frankfurt zunehmend zerstörten.

Im ersten Schwerpunkt »Herrschaft und Repression« thematisieren drei Beiträge den Aufstieg der NSDAP zur alleinherrschenden Partei in der städtischen Politik sowie die Konsequenzen, die sich aus der rassistischen und antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus für Jüdinnen und Juden und darüber hinaus für all die Gruppen ergaben, die als »Gemeinschaftsfremde« aus der »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt und unterdrückt wurden. In ihrem einleitenden Aufsatz schildert *Bettina Tüffers* zunächst den Aufstieg der NSDAP in Frankfurt, ausgehend von ihren Anfängen als kleine Gruppe aus dem völkisch-antisemitischen Milieu im Jahr 1922 über ihre ersten größeren Erfolge seit der Kommunalwahl 1929 bis hin zur Festigung ihrer Macht zwischen 1933 und 1939. Sie zeichnet nach, wie die Nationalsozialisten mit einer Mischung aus Terror, Propaganda und zahlreichen Identifikationsangeboten allmählich von der Stadt Besitz ergriffen. Schon sehr früh nach der Machtübernahme vermochte die NSDAP dank ihrer allgegenwärtigen Präsenz in den Stadtteilen zusammen mit ihren Untergliederungen und den ihr angeschlossenen Verbänden den gesamten Stadtraum für ihre aufwendigen und durchchoreografierten Inszenierungen der »Volksgemeinschaft« zu nutzen. Zu Konflikten in der Verwaltung kam es vor allem zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern, ansonsten etablierte sich zwischen Friedrich Krebs und seinen hauptamtlichen Stadträten ein eher »nüchternes Arbeitsverhältnis«. Im nachfolgenden Beitrag zum Thema »Sozialhygiene, Rassismus und Verfolgung« skizziert *Tobias Freimüller* den personellen Ausbau der »Politischen Polizei« sowie die Umgestaltung der Justiz, die in Frankfurt Ende März 1933 um ein Sondergericht für politische Straftaten ergänzt wurde. Der ausufernde Kontrollapparat richtete sich gegen immer breitere Kreise. Zu den Opfern zählten zuvorderst Jüdinnen und Juden, aber schon bald gerieten auch »Zigeuner«, »Asoziale« und »Arbeitsscheue«, »Trinker«, »Prostituierte« und »Berufsverbrecher« sowie

Angehörige verschiedener Glaubensgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas in das Visier der Behörden. Die Erfassung und »Behandlung« dieser Personen rief die Praktiker der eugenischen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik auf den Plan, deren Wirken nicht zuletzt deswegen von existenzieller Bedeutung war, weil das städtische Gesundheitsamt eng mit dem psychiatrischen Anstaltswesen und Einrichtungen der offenen Gesundheitsfürsorge kooperierte. Im Anschluss daran zeichnet *Heike Drummer* die vollständige Zerstörung jüdischen Lebens in Frankfurt zwischen 1933 und 1945 nach. Hier wird auf geradezu bedrückende Weise ersichtlich, dass die lokalen Diskriminierungen eher selten durch Partei oder SA, sondern stärker durch die Stadt- und Gemeindeverwaltung initiiert worden sind. Die lokalpolitische Entwicklung von der Machtübertragung bis zum Oktober 1941 zeigt außerdem, dass Stadtregierung, Stadtverwaltung, Gauleitung und Geheime Staatspolizei sowie weitere Akteure eng miteinander kooperierten, um die jüdische Bevölkerung zu vertreiben, zu enthumanisieren und auszurauben. Der Beitrag verdeutlicht überdies, dass im Gefolge der Fluchtbewegungen aus Frankfurt und dem Zuzug von Jüdinnen und Juden aus den umliegenden Gemeinden bis zum Beginn der Massendeportationen sukzessive eine neue jüdische Stadtbevölkerung entstand, die mit dem alteingesessenen Frankfurter Judentum aus der Zeit vor 1933 keineswegs vergleichbar war. Annähernd 13.000 Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder wurden in den Jahren 1933 bis 1945 von den Nationalsozialisten und ihren Mittätern in der Shoah ermordet oder in den Tod getrieben. In der nachfolgenden Abhandlung zum Widerstand zeichnet *Markus Roth* ein eher kritisches Bild und korrigiert manche Einordnungen der letzten Jahrzehnte. Lediglich wenige hundert Widerständler waren in Frankfurt aktiv, und eine ernsthafte Bedrohung für das Regime ging von dieser kleinen Personengruppe nie aus, konstatiert der Autor. Auch ihre aufklärerische Arbeit mittels ins Land geschmuggelter Schriften oder selbst produzierter Flugblätter und Untergrundzeitungen habe nur unwesentlich über einen engeren Kreis von Regimegegnern hinausgereicht. Obwohl aus dem Widerstand kaum eine reale Bedrohung des Regimes folgte, erkannten die Nationalsozialisten in ihm, so Roth, eine Gefahr. Dass es Gegner des Regimes gab, die der Gewalt und dem Terror ebenso trotzen wie den Verlockungen und Integrationsangeboten, forderte die Machthaber und ihre Unterdrückungsorgane immer wieder aufs Neue heraus.

Ralf Banken eröffnet mit seinem Beitrag den zweiten Schwerpunkt zur Geschichte von »Wirtschaft und Gesellschaft«. Zunächst zeichnet er nach, wie sich Frankfurt nach dem Ersten Weltkrieg immer stärker von einer Handelsstadt und einem Finanzzentrum zu einer Industriestadt entwickelte. Deutlich wird, dass die Stadt dabei an Prozesse aus der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise 1929 anschließen konnte, profitierten doch seit 1933 die Industrieunternehmen von den strukturellen Weichenstellungen der Weimarer Zeit. Viele Entschei-

dungen der NS-Wirtschaftspolitik zeitigten dagegen negative Folgen. Das gelte besonders für die Zerschlagung der in Frankfurt stark vertretenen jüdischen Unternehmen und hier speziell für den Finanz- und Handelssektor. Mit der Liquidierung der Unternehmen und dem Raub des Kapitals ihrer jüdischen Eigentümer wurden zugleich zahlreiche – vor allem internationale – Handels- und Geschäftsbeziehungen abrupt beendet. Erst nach der Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die westliche Weltwirtschaft konnten die Frankfurter Unternehmen erneut an frühere Erfolge anknüpfen. Auch die Abhandlung von *Nicole Kramer* zur »Sozialen Ungleichheit und kommunalen Wohlfahrtspolitik« fällt ambivalent aus. Im Zentrum steht dabei zum einen die Frage, auf welchen Wegen und mit welchen Zielen die NS-Sozial- und Gesundheitsverwaltung den Versuch unternahm, die soziale Ordnung der Stadt neu zu gestalten. Zum anderen rückt Kramer die Organisationen des sozialen und kulturellen Vereinslebens in den Blick. Darüber wird deutlich, dass Frankfurt im »Dritten Reich« seinen Ruf als »heimliche Hauptstadt« sozialpolitischer Reformen zwar einbüßte, gleichwohl stand hier die Effektivität der Verfolgung im Bereich der Fürsorge der in anderen Großstädten keineswegs nach. Die Autorin spitzt diesen Befund auf die These zu, wonach die moderne und liberale Sozialpolitik mit ihrem Interventionismus dafür sogar den Boden bereitet habe. Außerdem zeigt sie, dass die Stadtverwaltung zwar mit ihrem Plan scheiterte, Frankfurt zu einer Sportstadt aufzuwerten, gleichwohl hätten die eingeleiteten Maßnahmen das Freizeitangebot erweitert und damit einen wichtigen Beitrag zur propagandistischen Aufwertung des Regimes geleistet. Der Beitrag von *Michael Fleiter* geht den Reaktionen des NS-Regimes und der Frankfurter Stadtgesellschaft auf die alliierten Luftangriffe auf den Grund. Er zeigt, wie das Motiv der Vergeltung für die vielen zivilen Opfer des Bombenkriegs in der nationalsozialistischen Propaganda enormes Gewicht erlangte. Es wurde sogar zu einer Art kriegstreibender Beschwörungsformel, mit der man die absehbare Niederlage zu verhindern suchte. Der Vergeltungswunsch lasse sich jedoch nicht ausschließlich, so Fleiter, mit den Hassparolen der NS-Propaganda erklären, sondern könne auf grundlegende menschliche Verhaltensstrukturen zurückgeführt werden, die wiederum den NS-Kriegstreibern in die Hände spielten.

Den dritten Schwerpunkt »Kultur und Gedächtnis« eröffnet *Fabian Link* mit einem Beitrag zur Rolle von »Kultur, Bildung und Wissenschaft«. Hier wird deutlich, dass viele national bis völkisch gestimmte Frankfurter Künstler und Wissenschaftler in der städtischen Kultur- und Bildungspolitik mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten den Moment gekommen sahen, ihren Vorstellungen freien Lauf zu lassen. Mit Unterstützung bürgerlicher Mitläufer, Opportunisten und Halbüberzeugter gingen sie »Kooperationsverhältnisse« mit den NS-Funktionären ein, welche die antisemitische und völkisch-nationale Kulturpolitik von Oberbürgermeister Friedrich Krebs festigten. Die

Betrachtung der städtischen Kulturpolitik ergibt ein mehrdeutiges Bild. Auf der einen Seite profitierten gerade die unter städtischer Verwaltung stehenden Frankfurter Kunst- und Archivaliensammlungen sowie die Bibliotheken von den »Arisierungen«, nach Kriegsbeginn auch vom Raub jüdischen Kulturguts in den besetzten Ländern. Daran beteiligten sich die Museumsdirektoren und Kustoden aktiv. Auf der anderen Seite betrachteten sie sich als Hüter der Kunst- und Kulturgegenstände, die sie vor dem Zugriff der Gauleitung und anderen NS-Stellen schützen wollten. Nach 1945 gehörte der Rückbezug auf die angebliche Bewahrung eines liberalen Bürgersinns während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft zum exkulpatorischen Diskurs dieser Zeit. Im nachfolgenden Beitrag zeigt *C. Julius Reinsberg* eindrücklich, dass die Machtübernahme der Nationalsozialisten entgegen den Ankündigungen der Frankfurter NSDAP letztlich keinen Ikonoklasmus gegen die in den 1920er Jahren realisierten Bauten und Planungen nach sich zog. Verschiedene Projekte wurden sogar in leicht veränderter Form weitergeführt. Letztlich blieben Architektur und Städtebau seitens der Stadtpolitik lange im Vagen zwischen dem Anknüpfen an Projekte der missliebigen demokratischen Stadtregierung und dem Neuansatz nationalsozialistisch konnotierter Planungen. Die eher angestregte Suche nach einer urbanen Identität, die mit dem Nationalsozialismus ideologisch harmonierte, endete im Nichts. Eine Identität als dezidiert nationalsozialistische Stadt konnte Frankfurt hinsichtlich Architektur und Städtebau nie entwickeln. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfestigte sich dann der Mythos zwischen einer nationalsozialistischen Architektur auf der einen und einer klar abgrenzbaren, moralisch positiv aufgeladenen Moderne auf der anderen Seite. Im abschließenden Beitrag zeichnet *Christoph Cornelissen* die Stufen der Auseinandersetzung der städtischen Politik und der Stadtgesellschaft mit der NS-Vergangenheit Frankfurts nach. Er kann zum einen zeigen, dass sich der nur zögerliche Formwandel der Erinnerungskultur in Frankfurt um den Nationalsozialismus und das Beschweigen des für viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen belastenden Erbes über einen langen Zeitraum kaum von dem in anderen deutschen Großstädten unterschied. Zum anderen wird deutlich, dass schon ab den 1960er Jahren vor allem ehemalige Frankfurterinnen und Frankfurter von ihrem Exil aus dafür sorgten, dass die jüdische Geschichte der Stadt nicht vollständig in Vergessenheit geriet. Seit den ausgehenden 1970er Jahren traten dann mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen neue Akteure auf den Plan, deren Engagement die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit vor Ort erheblich steigerte. Mit Unterstützung der städtischen Politik bereiteten sie den Boden für den Aufbau einer »zivilen Erinnerungskultur«. Das Ergebnis wäre freilich ohne die Beiträge der Museen, Archive und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der kritischen Berichterstattung in den Medien kaum erzielt worden.

Die zusammenfassende Betrachtung der Beiträge dieses Bands bringt verschiedene Entwicklungen zum Vorschein, die das bislang gepflegte Bild der Geschichte Frankfurts zwischen 1933 und 1945 erheblich modifizieren. Dazu gehört, *erstens*, die Einsicht, dass die liberalen und freiheitlichen Traditionen der Stadt letztlich keinen Schutzwall gegen die aufkommende NS-Bewegung abgaben. Im Gegenteil, die Durchsetzung und Etablierung der NSDAP und ihrer verschiedenen Untergliederungen vollzog sich in den stärker bürgerlich-liberal geprägten Stadtvierteln rascher als in den urbanen Räumen, in denen mehrheitlich Arbeiterfamilien oder Katholiken lebten. Doch auch hier verzeichnete die NSDAP wachsende Wahlerfolge, lag doch bei den Reichstagswahlen der Anteil der NSDAP-Wähler seit 1928 in Frankfurt immer leicht über dem Reichsdurchschnitt und deutlich über dem anderer Großstädte wie Berlin, München, Köln oder Hamburg. Die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten etablierte Kontrolle der Frankfurter Stadtviertel basierte einerseits auf der Unterdrückung durch die Polizei und die verschiedenen Parteidienststellen, andererseits machten die streng durchchoreografierten und den Vorgaben der Reichspropagandaleitung folgenden Veranstaltungen an Fest- und Feiertagen partizipatorische Angebote an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Mit ihrer Mischung aus Parteigrößkundgebung, Militärparade, pseudoreligiösen Elementen und Volksfest wussten sie viele Zeitgenossen für die Idee der »Volksgemeinschaft« zu gewinnen. Dazu gehörten ebenfalls Frauen. Zwar lag ihr Anteil unter den NSDAP-Mitgliedern weit niedriger als der von Männern, doch weisen die Mitgliederzahlen in der NS-Frauenschafterei und im Deutschen Frauenwerk ebenso wie die Mitarbeit von Frauen im Winterhilfswerk oder bei den Bahnhofsdiensten darauf hin, dass sie organisatorisch fest in die Strukturen der neuen Herrschaftsordnung integriert waren. Bei öffentlichen Auftritten dominierten freilich die Männer, während Frauen nur in dritter und vierter Reihe mitwirken durften oder das Geschehen als Zuschauerinnen verfolgen mussten. Eine untergeordnete Rolle hatten Frauen bereits in der Weimarer Republik gespielt, und auch in anderen Staaten, darunter den demokratischen, besaßen sie keine wichtigen politischen Funktionen. Spezifisch für den Nationalsozialismus war jedoch, dass das Regime den »arischen« und politisch zuverlässigen Frauen eigene Organisationen bot – mit besonderen Betätigungsfeldern und Möglichkeiten zum Aufstieg. Die an die Idee der »Volksgemeinschaft« geknüpften sozialen Integrationsangebote richteten sich also besonders an Frauen, von denen nicht wenige die Angebote des NS-Staats als Chance sahen, sich zu beweisen. Dies galt zumal für den Krieg, als es Aufgabe der Frauen wurde, an der »Heimatfront« die Männer zu ersetzen. Im Verhältnis der Geschlechter bedeutete dies einen Wandel, der nach Kriegsende rasch rückgängig gemacht wurde.

Zweitens ist deutlich zu erkennen, dass die Stadtverwaltung in Frankfurt sich im Großen und Ganzen reibungslos an die Vorgaben der nationalsozia-

listischen Ideologie anpasste und damit systemstabilisierend arbeitete. Das war zum einen auf die Selbstindienstnahme ihrer »Gefolgschaftsmitglieder« zurückzuführen, zum anderen auf den politischen Druck, der von Funktionären des nationalsozialistischen Terrorregimes ausgeübt wurde. Hierbei wirkten im Hintergrund die Gleichschaltung des Polizeiparats und auch die Umgestaltung des Justizwesens als entscheidende Machtstützen. Darüber hinaus darf man nicht unterschätzen, wie sehr die erweiterten Handlungsmöglichkeiten insbesondere auf Expertinnen und Experten in den Bereichen der Polizeiarbeit und der Sozialpolitik attraktiv wirkten, was ihre ideologische Anpassung erheblich beförderte. Für die Opfer des gesteigerten Sozialinterventionismus bargen diese Entwicklungen eine ständig zunehmende Gefährdung für Leib und Leben. In diesem Zusammenhang tritt erneut eine Geschlechterkomponente zum Vorschein. So nahmen Frauen bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik oftmals Schlüsselpositionen ein, ermöglichte doch die relativ frühe Professionalisierung weiblicher Beschäftigter in diesem Bereich nicht nur den beruflichen Aufstieg, sondern sie bot ihnen außerdem die Möglichkeit, »soziale Macht« zu demonstrieren.³⁸

Zwar können, *drittens*, die sich auch in Frankfurt etablierenden Strukturen einer »Zustimmungsdiktatur« quantitativ kaum bemessen werden, doch schon die überschaubaren Zahlen zum Widerstand der vielen Gruppen in Frankfurt liefern erste Hinweise darauf, dass von dieser Seite zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Bedrohung für die Herrschaft des NS-Regimes ausgegangen ist. Die wachsende Zustimmung zum Nationalsozialismus nach 1933 entzog in Frankfurt wie in anderen deutschen Großstädten anti-nationalsozialistischen Gruppen und Auffassungen den notwendigen gesellschaftlichen Resonanzboden.³⁹ Im Gegensatz dazu war das Versprechen zum Aufbau einer vermeintlich homogenen Gesellschaft nach den politischen und sozialen Zerwürfnissen in den Weimarer Jahren für viele ausgesprochen attraktiv. Beim städtischen Vereinsleben zeigt sich indes eine große Bandbreite an Möglichkeiten, die Parteivorgaben umzusetzen; das soziale Leben in der Großstadt lässt sich also weder allein über den Begriff der »Gleichschaltung« noch den der »Selbstgleichschaltung« hinreichend erfassen. In dieser Hinsicht ist im Einzelnen ein sehr genauer Blick erforderlich, herrschte doch zuweilen die Vorstellung vor, dass über eine ideologische Selbstgleichschaltung Handlungsspielräume bewahrt werden könnten. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass die Idee einer »Volksgemeinschaft« auf viele gerade deswegen anziehend wirkte, weil die Politik der Nationalsozialisten die Ausgrenzung all derjenigen systematisch vorantrieb, die dem »gesunden Volksempfinden« zufolge nicht zur privilegierten Gruppe

38 Vgl. dazu den Beitrag von Nicole Kramer in diesem Band.

39 Vgl. Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur (wie Anm. 16), S. 114.

der nationalen Gemeinschaft zählen sollten. Noch mehr: Breite Kreise der städtischen Bevölkerung beteiligten sich an Aktionen zur »Arisierung« von Immobilien, Mobiliar, Kleidung und Hausrat, und auch im beruflichen Leben erkannten »arische« Profiteure die Vorteile, die sich für sie aus der Ausgrenzungspolitik gegenüber Jüdinnen und Juden sowie anderen Gruppen der »Gemeinschaftsfremden« ergaben. Bis in die letzten Kriegstage hielt sich die Loyalität der Stadtgesellschaft gegenüber der NS-Führung im Reich und in der Stadt, als die Angst vieler Menschen vor einer »jüdischen Vergeltung« gepaart mit dem Wunsch nach Rache für die Zerstörung der Stadt insgesamt systemstabilisierend wirkte.

Viertens deuten die Entwicklungen in so unterschiedlichen Bereichen wie der städtischen Sozialfürsorge, der Architektur und des kulturellen Lebens oder im Sport und Freizeitleben darauf hin, dass die kommunale Politik der Nationalsozialisten oftmals moderne Projekte aus den Weimarer Jahren fortführte und sie dann für ihre ideologischen Zwecke umgestaltete. Manches davon scheiterte krachend, wie die Pläne für eine städtebauliche Umgestaltung zu erkennen geben, und auch im Bereich des Sports konkurrierte Frankfurt mit Städten wie Köln letztlich erfolglos um den Titel »Stadt des Sports«. Darüber hinaus zeigt sich, dass es in der NS-Diktatur außerhalb der Organisationen der NSDAP und ihrer Untergliederungen durchaus zahlreiche formelle und informelle Geselligkeitsformen gab, die eher unpolitischer Natur waren. Insgesamt fällt die Bilanz der nationalsozialistischen Projekte im Bereich des kulturellen Lebens und zur Umgestaltung des Alltags ambivalent aus. Einerseits wusste die Stadt ihr Freizeitangebot sowie die Strukturen des Freizeit- und Profisports auszubauen, andererseits ebneten die starke Vereinskultur ebenso wie die Fürsorgereform den Weg in die NS-Diktatur.

Fünftens wirkt der in Frankfurt nach 1945 oftmals erhobene Anspruch, dass hier die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit besonders intensiv und vielschichtig ausgefallen sei, in mancher Hinsicht eher brüchig. Tatsächlich versuchten sich gerade die Angehörigen der politischen und kulturellen Eliten von dem Vorwurf der (Mit-)Täterschaft zu befreien, indem sie für sich in Anspruch nahmen, »Schlimmeres« verhindert zu haben. Im Grunde unterschied sich der nur zögerliche Formwandel der Erinnerungskultur in Frankfurt um den Nationalsozialismus lange kaum von dem in anderen deutschen Großstädten. Vielmehr lenkten die hier besonders ausgeprägten Politisierungsschübe von den 1960er bis in die 1980er Jahre den Blick zuweilen von den konkreten Strukturen und Praktiken der NS-Herrschaft vor Ort geradezu ab. Gleichwohl sorgten bereits ab den 1960er Jahren Anregungen von ehemaligen Frankfurter jüdischen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Ausland dafür, dass die systematische Auseinandersetzung mit der NS-Gewaltpolitik vor Ort einsetzte. Seit dem nachfolgenden Jahrzehnt entwickelte sich über die Kooperation lokaler

Geschichtsinitiativen mit der städtischen Politik eine »zivile Erinnerungskultur«, die heute über ein dichtes Netz aus Gedenk- und Lernorten in die Stadtgesellschaft hineinwirkt. Ihre prägende Kraft erfährt sie über die Mitwirkung des Historischen und des Jüdischen Museums, des Instituts für Stadtgeschichte sowie des Fritz Bauer Instituts, darüber hinaus die geschichtswissenschaftlichen Projekte verschiedener Disziplinen der Goethe-Universität. Hierbei handelt es sich um eine Daueraufgabe, die auch in Zukunft über demokratisch geregelte und wissenschaftlich kontrollierte Aushandlungsprozesse die Wege zu einer öffentlichen Verständigung über die Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort bestimmen muss.

Herrschaft und Repression